

Avanti ²

Theoriebeilage

Corona-Krise:
Unsere Leben sind
mehr wert als ihre
Profite!

ISO Rhein-Neckar

Kapitalismus tötet Solidarität heißt Menschen schützen!



1. Mai 2019 in Mannheim.

Foto: helmut-roos@web.de.

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
01 CORONA-KRISE Menschen schützen	<p><i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> die Corona-Krise wirft ein grelles Licht auf die unerträglichen globalen Zustände. Der Pandemie werden im schlimmsten Fall wahrscheinlich Millionen Menschen zum Opfer fallen. Sehr viele Erkrankte könnten gerettet werden, wenn endlich Gesundheit mehr zählte als Profite.</p> <p>Wir setzen uns in dieser Ausgabe von <i>Avanti</i>² mit verschiedenen Fragen auseinander, die sich angesichts der aktuellen Katastrophe aufdrängen. Wer trägt die Verantwortung für das Ausmaß der Krise? Wie kann ein gesellschaftlicher Aktionsplan gegen die Pandemie aussehen? Welche Rolle spielt die soziale Frage? Was passiert in Frankreich? Welchen Zusammenhang gibt es mit der Klimakrise?</p> <p>Aber es gibt auch noch ein wenig kapitalistische „Normalität“ in dieser Ausgabe unserer Zeitung. Was passiert beim Zughersteller Bombardier? Welche Perspektiven haben die KollegInnen des Großkraftwerks? Wie können betrieblich Aktive bei Übernahmen agieren? Und wie können sie in rauen Zeiten handlungsfähiger werden?</p> <p>Unsere Theoriebeilage enthält eine sehr lesenswerte Analyse der Corona-Krise aus Sicht der IV. Internationale.</p> <p>Passt auf Euch auf und bleibt gesund!</p> <p style="text-align: right;"><i>Eure Redaktion</i></p>	08 FIRMENVERKÄUFE Belegschaften als Spielball?
EDITORIAL/INHALT/CORONA-KRISE		09 GROßKRAFTWERK Umbau statt Abbau
02 PANDEMIE 1 Was tun ?		10 BOMBARDIER Abbau für Aktionäre?
CORONA-KRISE		POLITISCHE BILDUNG
03 PANDEMIE 2 Leben vor Profite!		11 SEMINAR Aktive Kerne im Betrieb
04 PANDEMIE 3 Gesellschaftlicher Aktionsplan?		RÜCKBLENDE/TERMINE
05 PANDEMIE 4 Die soziale Frage		12 1920 Massaker im Ruhrgebiet
06 PANDEMIE 5 Frankreich im „sanitären Notstand“?		12 TERMINE
07 PANDEMIE 6 Acht Thesen zum Coronavirus		THEORIEBEILAGE

Veranstaltungen in Zeiten der Corona-Pandemie

U. D.

Am 27. März 2020 „trafen“ sich Interessierte zu einem Diskussionsabend der ISO-Rhein-Neckar mit dem Thema „Corona, Crash und Krise“. Es war keine gewöhnliche Diskussionsrunde. Denn aufgrund der Viruspandemie fand sie in Form einer Videokonferenz statt.

Das einleitende Referat setzte sich mit der globalen Entwicklung und der Einschätzung der Pandemie sowie der Krisenpolitik der Regierung auseinander.

In der anschließenden Diskussion wurden unterschiedliche Aspekte angesprochen. Zum Beispiel, wie von Unternehmen und reaktionären Kreisen versucht wird, mit Verweis auf die Pandemiebekämpfung demokratische Rechte und Freiheiten einzuschränken. Und nicht zuletzt auch Bedenken, ob das Corona-Virus wirklich gefährlicher sei als Grippeviren.

Für die ISO-Gruppe Rhein-Neckar war dieser Abend ein Versuch. Niemand wusste vorher, ob ein Diskussionsabend als Videokonferenz funktioniert. Jetzt hat sich gezeigt, dass es möglich ist. Aber nur, wenn sich alle Teilnehmenden konzentrieren und rücksichtvoll verhalten. Und glücklicherweise benötigt niemand eine vollständige Computerausstattung. Ein Telefon genügt.

Natürlich kann dies nicht das reale Treffen mit Menschen ersetzen. Aber in Zeiten der Pandemie ist es wichtig nicht zu verzeihen. Eine vorrangige Aufgabe ist es, in Kontakt zu bleiben

und die Vernetzung zu stärken. Es braucht weiterhin die gemeinsame Diskussion über die aktuellen Entwicklungen und unsere politische Arbeit. Nicht zuletzt auch für die Zeit nach der Corona-Pandemie. Und dafür sind solche Videokonferenzen ein geeignetes Mittel. ■

Die Folgen der herrschenden Politik?

- Brutale kapitalistischen Globalisierung
- Privatisierungen im Gesundheitssektor
- Verlagerung der Produktion von jetzt dringend benötigten medizinischen und pharmazeutischen Produkten in „Low-Cost“-Länder wie China
- Massiv reduzierte Vorratshaltung von Desinfektionsmitteln, persönlichen Schutzausrüstungen und Beatmungsgeräten
- Schwächung der Gewerbeaufsicht, der Gesundheitsämter und v.a. des Gesundheitssystems
- Unterlaufen des präventiven Gesundheitsschutzes gemäß Arbeitsschutzgesetz von 1996
- 17.000 fehlende Pflegekräfte
- Ignorieren der Regierungs-Risiko-Analyse „Pandemie durch Virus Modi-SARS“ (2012)



Vortragsfolie vom 27. März 2020.

Foto: Avanti².

Solidarität heißt Menschen schützen Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

H. N.

Weltweit breitet sich das Corona-Virus immer schneller aus. Die tödlichen Gefahren der seit Wochen offenkundigen Pandemie wurden und werden von interessierten Kreisen ignoriert oder kleingeredet. Wertvolle Zeit ist zudem von Politik, Behörden und Unternehmen aus Unfähigkeit und blinder Rücksichtnahme auf die Logik der Profitmaximierung vergeudet worden. Jetzt explodieren die Infektions- und zeitverzögert auch die Sterbezahlen – nicht nur in Italien.

Diese Pandemie ist zum Brandbeschleuniger für die Krise der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft geworden. Das erhöht den Druck auf die arbeitende Klasse.

Millionen abhängig Beschäftigte werden in Kurzarbeit geschickt. Mit dem Kurzarbeitergeld (60 % des pauschalisierten Nettos, 67 % bei einem Kind im Haushalt) werden viele Lohnabhängige schon nach kurzer Zeit vor erhebliche Existenzprobleme gestellt. Noch schlechter geht es kleinen Selbständigen und prekär Beschäftigten, die kein Kurzarbeitergeld erhalten. Zudem verlieren viele Menschen ihren Arbeitsplatz oder haben ihn bereits verloren.

Wer ist verantwortlich?

Das Kapital und die ihm dienende Politik üben sich nicht nur in „Schadensbegrenzung“. Sie lenken von ihrer Verantwortung für das Ausmaß der Corona-Katastrophe ab: hemmungslose kapitalistische „Globalisierung“ zur Profitmaximierung, skrupellose Privatisierung und drastischer Abbau zentraler Bereiche des Gesundheitssektors, Dezimierung der Gewerbeaufsicht, der Gesundheitsämter und des gesamten Gesundheitssystems, Verursachen eines enormen Personalmangels im Pflegebereich, weitgehende Missachtung der Gebote des präventiven Gesundheitsschutzes, Verlagerung der Produktion von jetzt fehlenden, aber dringend benötigten medizinischen und pharmazeutischen Produkten in asiatische „Low-Cost“-Länder, massiv reduzierte Vorratshaltung von Desinfektionsmitteln, persönlichen Schutzausrüstungen und Beatmungsgeräten, ...

Zynische Politik

Wie zynisch die herrschende Politik das Grundrecht „auf Leben und körperliche Unversehrtheit“ missachtet lässt sich konkret belegen. Neben dem Bundesamt für Zivildienst lösten die Regierenden bis zur Jahrtausendwende in der Bundesrepublik hunderte Depots mit Medikamenten, medizinischem Gerät, Pflegekleidung usw. auf. Hinzu kam der ersatzlose Abbau von 250.000 qualifizierten „freiwilligen medizinischen Hilfskräften“ und der entsprechenden Ausbildungskapazitäten.

Seit 2004 verfügt der Zivildienst zwar wieder über eine eigene Behörde, aber mit weniger als 20 % des ursprünglichen Personals. Die bundeseinheitliche Gliederung, Ausbildung und Koordination durch Pandemiepläne und Dienstvorschriften ist jedoch nach wie vor massiv geschwächt. Zwischen 2008 und 2013 wiesen Fachleute die Politik immer wieder auf enorme Lücken im

Bevölkerungsschutz und bei den medizinischen Ressourcen im Falle von Virusepidemien hin. Die Regierenden ignorierten das Fazit einer „Bund-Länder-Übung“, ihre eigene Pandemie-Risikoanalyse von 2012 und das „Grünbuch“ des Zukunftsforschungsforums Öffentliche Sicherheit.

Krisenprofiteure

Kapital und Politik versuchen, die bedrohliche Corona-Krise skrupellos für ihre Interessen auszunutzen: massive Einschränkungen von Grundrechten sowie der Rechte von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen, Aushebelung des Arbeitszeitgesetzes und insbesondere des Verbots der Sonntags- und Feiertagsarbeit, Aushöhlung des Datenschutzes, Propagieren des bargeldlosen Bezahlers, Vergesellschaftung von Unternehmensrisiken durch steuerfinanzierte „Schutzschirme“ für (große) Firmen, de facto ausgehöhlt Überprüfungen der Genehmigung von Kurzarbeit und Befreiung der Firmen von den dadurch anfallenden Sozialversicherungsbeiträgen.

Was tun?

Die Ausbreitung des Corona-Virus stellt alle diejenigen vor extreme Anforderungen, für die Menschen wichtiger als Profite sind. Die Pandemie schränkt unsere Handlungsmöglichkeiten sehr stark ein. Wir sollten deshalb schnell lernen, uns unter bisher unbekanntem Bedingungen zu engagieren:

- Es ist an der Zeit, aktiver zu werden, sich demokratisch zu organisieren und besser zu vernetzen.
- Es gilt nun neue Kommunikationswege zu entwickeln, um politische Meinungsbildung und Solidarität auch unter den derzeitigen Notstandsbedingungen aufrechtzuerhalten. Dies ist insbesondere für betrieblich und gewerkschaftliche Aktive eine große Herausforderung, die am Arbeitsplatz jetzt noch mehr unter Druck gesetzt werden.
- Wir versuchen, unseren Beitrag zur Aufklärung zu leisten. Damit können wir einerseits Falschmeldungen bekämpfen und andererseits ein angemessenes Problembewusstsein stärken.
- Die anhaltende Abwälzung der gesundheitlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisenfolgen auf die große Mehrheit der Bevölkerung lehnen wir entschieden ab.
- Deshalb rufen wir zur Stärkung solidarischer Zusammenarbeit über alle Organisations-, Bereichs- und Staatsgrenzen auf!
- Mit oder ohne Corona: Wir zahlen nicht für Eure Krise(n)! ■

Gesellschaftlicher Aktionsplan Wirksamer und solidarischer Gesundheitsschutz statt Profite!

O. G.

Chaos, Profitorientierung, Unfähigkeit und Zynismus kennzeichnen das Vorgehen der Herrschenden in der sich dramatisch weiter zuspitzenden Corona-Krise. Wir fordern stattdessen die sofortige Umsetzung eines gesellschaftlichen 13-Punkte-Aktionsplans zur entschlossenen Bekämpfung der Pandemie und ihrer schwerwiegenden Folgen:

1. **Wirksamer Gesundheitsschutz muss an erster Stelle stehen.**
2. **An alle Haushalte sind umgehend einheitliche, leicht verständliche, mit Piktogrammen versehene und in mehrere Sprachen übersetzte Infos zu Schutzmaßnahmen gegen COVID-19 zu verteilen und kontinuierlich über alle Medien zu kommunizieren.**
3. **Vor allem Beschäftigte in Dienstleistungs-, Handels-, Pflege- und Industriebereichen müssen sofort unter strikter Einhaltung der gesetzlichen Arbeitsschutzvorschriften wirksam geschützt werden.**
4. **Überall dort, wo es noch keinen sicheren Gesundheitsschutz für Beschäftigte gibt, ist die Erzeugung von nicht lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen sofort und koordiniert einzustellen. Nur so kann die Ausbreitung von COVID-19 maximal begrenzt werden.**
5. **Statt Kurzarbeitergeld erhalten Beschäftigte zunächst eine uneingeschränkte Entgeltfortzahlung aus den Gewinnen von profitablen Unternehmen und von Großaktionären. Anschließend erhalten sie Kurzarbeitergeld in Höhe des bisherigen Entgelts.**
Es gilt ab sofort ein Verbot von Entlassungen.
Das Existenzminimum von prekär Beschäftigten und selbständig Tätigen ist umgehend und unbürokratisch zu sichern. Die Finanzierung erfolgt aus einer Solidaritätssteuer von 20 % für alle Geldvermögen über 1 Million Euro.
6. **Gesundheit darf keine Ware mehr sein! Der Gesundheitssektor und die Pharmaindustrie sind gemäß Artikel 14 und 15 GG unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Preiswucher bei Produkten, die zur Bekämpfung der Pandemie unverzichtbar sind, wird durch umgehende Beschlagnahme unterbunden. Alle geplanten oder laufenden Krankenhausschließungen müssen sofort gestoppt werden!**
7. **Der durch Profitorientierung verursachte Mangel an Intensivbetten (derzeit völlig unzureichende 28.000 Intensivbetten – davon 88 % bereits vor der Corona-Krise belegt!) ist auf dem schnellsten Weg zu beheben. Die Zahl der Intensivbetten ist umgehend an die zu erwartende Steigerung von COVID-19-Erkrankungen anzupassen und dauerhaft zu sichern.**
8. **Aus dem gleichen Grund haben 2019 bereits 4.700 Intensiv- und 17.000 Normalpflegekräfte gefehlt. Die Akutversorgung von COVID-19-Erkrankten ist ohne weitere Verzögerungen durch ausreichendes Fachpersonal zu sichern.**
9. **Alle im Pflegebereich Tätigen erhalten ab sofort dauerhaft** 1.000 Euro mehr im Monat. Die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals müssen wirksam verbessert werden. Nur dann können mehr Menschen für Tätigkeiten in diesem Bereich gewonnen werden.
10. **Medizinisch ausgebildete Personen müssen jetzt systematisch für die Stärkung insbesondere der Intensivpflege gewonnen werden.**
11. **Es wird umgehend ein staatlich gefördertes, bundesweit und international koordiniertes und gesellschaftlich kontrolliertes Forschungsprogramm für Impfstoffe und Medikamente gegen COVID-19 aufgelegt. Außerdem wird sofort ein Produktionsprogramm für ausreichende und wirksame Testverfahren, persönliche Schutzausrüstungen (Masken, Handschuhe, Schutzbrillen bzw. -visiere, Schutzkleidung), Desinfektionsmittel und Beatmungsgeräte gestartet.**
12. **Gerade die am meisten benachteiligten Menschen benötigen wirksamen Gesundheitsschutz. Das heißt auch Aussetzen von Sanktionen, Stromsperrern und Zwangsräumungen, Anhebung des Regelsatzes, Bereitstellen von Hotelzimmern und Wohnungen für Obdachlose, Geflüchtete und Illegalisierte, Ausbau von Frauenhäusern für Opfer sexueller Gewalt. Niemand darf zurückgelassen werden!**
13. **Nur internationale Solidarität kann im Kampf gegen die Corona-Pandemie Grenzen überwinden und wirksame Hilfe leisten!** ■



Müllsack als Schutzkleidung – Beschäftigte im Gesundheitswesen.

Die Corona-Pandemie als soziale Frage

MICHAEL KOHLER

Bereits Anfang März traten in Italien soziale Aspekte der Corona-Krise in Erscheinung. Am 10. März wurden von der italienischen Regierung die Quarantänemaßnahmen vom Norden des Landes auf ganz Italien ausgedehnt. Wo immer möglich sollte allerdings ganz normal gearbeitet und weiter produziert werden.

Unter dem Aspekt des Gesundheitsschutzes war diese Unterscheidung nicht zu begründen. Sie stieß deshalb auf Widerstand. Die Belegschaft von Fiat (heute FCA) trat in den Streik. Die Fiat-ArbeiterInnen verkündeten am 10. März: „Wenn sie die Fabriken nicht schließen, tun wir es!“ Der Streik weitete sich auf andere Unternehmen aus: Besonderer Unmut entstand, weil kein Gesundheitsschutz für die ArbeiterInnen existierte. Basisgewerkschaften formulierten: „Wir wollen zu Hause bleiben, aber sie lassen uns nicht. Die Profite können warten, aber unsere Gesundheit nicht.“ Es kam zu Aufrufen für einen landesweiten Generalstreik. Die italienische Regierung kam dem schließlich zuvor, indem sie am 21. März alle als „nicht essentiell“ definierten wirtschaftlichen Aktivitäten untersagte.

ArbeitsmigrantInnen besonders gefährdet

ArbeitsmigrantInnen sind besonders vom Corona-Virus gefährdet. Darauf machte Prälat Peter Kossen (Lengerich/NRW) aufmerksam. In Deutschland gibt es etwa 4 Millionen WerksvertragsarbeiterInnen aus osteuropäischen Ländern. Hunderttausende von ihnen arbeiten in der Fleischindustrie. Kossen nennt sie „Wegwerfmenschen“. Sie arbeiten häufig an sechs Wochentagen bis zu 15 Stunden täglich. Sie sind körperlich und psychisch geschwächt, wohnen in menschenunwürdigen Unterkünften, sind sprachunkundig und in keiner Weise integriert. Ihre Lebensbedingungen bieten ideale Voraussetzungen für die Verbreitung der Pandemie.

Kossen kämpft seit 2013 gegen das „System Tönnies“, das auf Subunternehmen aufbaut. Bis zu 80 Prozent der ArbeiterInnen in den großen Schlachthöfen werden per Werkvertrag „eingekauft“. Sie sind also nur bei Sub- oder Subunternehmen angestellt.

Der Arzt Dr. Florian Kossen ist der Bruder von Prälat Kossen. Er behandelt täglich Menschen, die in Großschlachtereien angestellt sind. Er beschreibt sie wie folgt: „Die Totalerschöpfung dieser Menschen ist die Normalität. Dazu kommen zahlreiche Schnittverletzungen aber auch wiederholte und hartnäckige Infekte durch mangelhafte hygienische Zustände in den Unterkünften und durch gesundheitsschädliche Bedingungen an den Arbeitsplätzen.“

Unter ähnlichen Bedingungen leben andere prekär Beschäftigte, die in der Landwirtschaft, der häuslichen Pflege, als GebäudereinigerInnen oder bei Paketdiensten arbeiten.

Die Familie Tönnies hat nicht zuletzt durch das Werksvertragssystem innerhalb weniger Jahre mehrere Milliarden Euro einkassiert.

Armut als Hochrisiko ...

Corona beginnt bereits weltweit, die armen Regionen besonders hart zu treffen. Anne Jung (www.medico.de/) schreibt hierzu: „Die ohnehin desaströse Situation der globalen Gesundheitsversorgung wird durch die Epidemie zur Katastrophe anwachsen.“

In vielen Ländern, in denen es weder soziale Absicherung noch funktionierende Gesundheitssysteme gibt, wird es durch Corona zu Massenarbeitslosigkeit kommen. Pakistanische Gewerkschaften berichten, dass alle Textilfabriken vor der Schließung stehen.

Die größten Befürchtungen bestehen aber für die 1,5 Milliarden Menschen in Flüchtlingslagern und in städtischen Slums. Sie können weder „zu Hause“ bleiben, noch können sie elementare Hygieneregeln einhalten. Räumlich Enge und mangelnde Wasserversorgung sind „ideale“ Bedingungen für die Ausbreitung der Pandemie.

... auch in Deutschland

Aber auch in Deutschland können ähnliche Probleme auftreten.

Unter der Überschrift „Triste Prognosen“ fragte ein Artikel in der *Rheinpfalz* vom 22. März 2020: „Was passiert, wenn die Corona-Epidemie im Ludwigshafener Armenhaus, dem Einweisungsbezirk in der Bayreuther Straße grassieren sollte? Die Perspektiven sind alarmierend.“ Der Autor Daniel Krauser stellt fest: „Es geht momentan ein wenig unter, aber eine Epidemie wie die gegenwärtige stellt auch eine soziale Frage, die nämlich, ob Menschen in schwierigen, prekären oder sogar gesundheitsgefährdenden Lebensverhältnissen stärker und schwerwiegender betroffen sind und wie eine Gesellschaft damit umzugehen denkt.“

Krauser zitiert Peter Übel, einen Internisten aus Ludwigshafen: „Kommt das Virus ins Quartier, dann droht da unter Umständen die erste Quarantänezone im Land.“

In den Unterbringungsblocks der Bayreuther Straße sind alleinstehende Männer größtenteils in Wohngemeinschaften auf engem Raum und teilweise ohne Duschköglichkeit untergebracht. Man kann sich nicht aus dem Weg gehen. Viele Bewohner sind chronisch Kranke mit Mehrfachsymptomatik: Lungenkrankungen, Herz-Kreislauf-Probleme, Alkoholkrankheit, psychische Probleme ...

Alle, die die Verhältnisse kennen, gehen davon aus, dass die Sterberate in der Bayreuther Straße deutlich höher sein wird. Ein Arzt aus dem Umfeld, der nicht genannt werden möchte, formuliert es so: „Die Kinder werden es überleben und es wird eine Menge Waisen und Halbwaisen geben.“ ■

Frankreich im „Krieg“ gegen den „sanitären Ausnahmezustand“: Kapitaloffensive gegen die arbeitende Klasse

B. S.

Am 16. März 2020 erklärte Staatspräsident Macron theatralisch der Pandemie den „Krieg“, vor allem um von seiner politischen Verantwortung für die Ausbreitung des Corona-Virus mit tausenden von Todesopfern abzulenken. Seit dem 24. März 2020 befindet sich nun Frankreich offiziell im „sanitären Ausnahmezustand“.

Wie in Deutschland gibt es auch in Frankreich einen enormen, aus politisch motivierten „Kostengründen“ verursachten Mangel an wirksamen Schutzmasken. Das „Gesundheitsministerium“ machte deshalb aus der Not eine Tugend. Es erklärte wiederholt, das Tragen derselben sei bestenfalls unnützlich, wenn man nicht selbst Krankheitsüberträger sei.

Mediziner erklären, das Gesundheitspersonal sei in der Ausübung seines Berufs in Gefahr. Frankreich führe sich auf wie ein wirtschaftlich unterentwickeltes Land.

Dies ist vielleicht der Anfang einer Staatsaffäre. Denn am 18. März 2020 platzte eine Nachricht der Zeitung *Le Monde* wie eine Bombe. Die ehemalige Gesundheitsministerin Buzyn hatte erklärt, sie habe bereits vor Wochen gewusst, dass „ein Tsunami auf uns zurollt“. Sie habe vergeblich sowohl Präsident Macron als auch Premierminister Philippe vorgewarnt. Diese hätten die alarmierenden Informationen zu Corona nicht ernst genommen.

Inzwischen haben sechshundert ÄrztInnen in dieser Sache Strafanzeige gegen Buzyn und ihren früheren Vorgesetzten, den damaligen und jetzigen Premierminister Philippe, erstattet.

Gesetz zum „sanitären Notstand“

Das zwischenzeitlich verabschiedete Gesetz zum „sanitären Ausnahmezustand“ ist weitgehend dem Modell der Notstandsgesetzgebung im Fall innenpolitischer Konflikte und Krise nachempfunden.

Die Exekutive kann jetzt den Notstand für einen Monat erklären. Nach dessen Ablauf muss das Parlament ihn zwar verlängern, aber die Regierung kann während einer Dauer von zwei Monaten bei bestimmten Themen auf dem Verordnungswege aktiv werden.

In der aktuellen Version des Notstands geht es um Ausgangsbeschränkungen und um den mehrmonatigen Aufschub für die zweite Runde der Kommunalwahlen. Es geht jedoch auch um Einschnitte im Arbeits- und Sozialrecht. Dazu zählt das Recht des Unternehmers, einseitig den Urlaub der Lohnabhängigen festzusetzen oder bereits gewährten Urlaub aufzuschieben, ohne die bis dahin geltende gesetzliche Vorwarnfrist von einem Monat einzuhalten. Auch wird „Unternehmen in Sektoren, die für die Sicherheit der Nation oder den Fortbestand des wirtschaftlichen und sozialen Lebens besonders erforderlich sind, [erlaubt] [...], von zwingenden gesetzlichen Regeln und von Kollektivvereinbarungen betreffend Arbeitszeit, wöchentlicher Ruhezeit und Sonntagsruhe abzuweichen“.

Ein mit der parlamentarischen Opposition getroffener Kompromiss zum Thema Zwangsurlaub beinhaltet, dass ein Branchen- oder

ein Firmen-Kollektivvertrag diese verordnete Beurlaubung erlaubt.

Ab jetzt können die Firmen statt 35 bis zu 48 Wochenstunden arbeiten lassen. Sie können selbst festlegen, wann die dann anfallenden bis zu dreizehn Überstunden durch Freizeit kompensiert werden. Also dann, wenn keine abzuarbeitenden Aufträge vorliegen.

Zwar ging Frankreich in der bisherigen Krisensituation nicht so weit wie etwa Portugal, wo das Streikrecht ausgehebelt worden ist, doch an Ideen fehlt es auch den Herrschenden in Paris nicht ...

„Kriegswichtige“ Arbeiten

Laut Zahlen des Senders BFM TV vom 23. März 2020 befanden sich zu diesem Zeitpunkt 40 % der Lohnabhängigen in Frankreich in einem Zustand der Nichtarbeit (wegen Kurzarbeit, sonstiger Situationen der Schließung ihrer Arbeitsstätten, Ausübung des Rechts auf individuelle Arbeitsverweigerung – „droit de retrait“ – in gesundheitsgefährdenden Situationen oder aufgrund ausbleibender Kinderbetreuung, die zur Krankmeldung berechtigt). 25 % arbeiten in Telearbeit. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass ein gutes Drittel der Lohnabhängigen weiterhin arbeitet, und dies nicht nur in den zweifellos unabdingbaren Gesundheitsberufen oder in der Lebensmittelversorgung.

Am Wochenende vom 21./22. März 2020 wurde eine Vereinbarung zwischen der Regierung und der Bauindustrie getroffen. Diese sieht vor, dass auf einem Großteil der Baustellen weiter- bzw. wieder gearbeitet werden soll. Die Firmen sollen für den Gesundheitsschutz ihrer Beschäftigten sorgen. Laut Arbeitsministerin Pénicaud ist der Weiterbetrieb erforderlich, weil sie „wesentlich für das ökonomische Leben des Landes und seines Funktionierens“ sei.

Auseinandersetzungen um die Notwendigkeit von Arbeiten während der Corona-Krise gibt es zum Beispiel auf den Atlantikwerften in Saint-Nazaire. Dort haben Lohnabhängige die Wiederaufnahme der Arbeit verweigert, und die CGT hat die zeitweilige Einstellung der Produktion gefordert. Auch bei Amazon forderten Gewerkschaften den vorübergehenden Stopp von Tätigkeiten, die nichts mit der Lieferung von medizinischen und lebensnotwendigen Produkten zu tun haben.

Da allerdings auf die gesundheitliche Krise die massive Verschärfung der Wirtschaftskrise folgt, haben Firmen nicht nur mit Kurzarbeit, sondern auch mit der Ankündigung des Abbaus von Arbeitsplätzen begonnen.

Wie viele Gewerkschaftssektionen werden dieser Entwicklung widerstehen können? Die Spannungen werden an den gesellschaftlichen „Sollbruchstellen“ wahrscheinlich stark zunehmen. Entscheidend wird sein, wie Gewerkschaften und Linke in dieser Lage handlungsfähiger werden. ■

8 Thesen zum Coronavirus*

DANIEL TANURO

Auch wenn der Wirtschaftsabschwung bereits vor dem Auftreten von COVID-19 begonnen hatte, so lassen sich die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie (Produktionsausfälle, Unterbrechung der Lieferketten, massive Ausfälle im Luftverkehr und Tourismus etc.) genauso wenig leugnen wie die ernsthafte Gefahr, die von dem Virus ausgeht.

1. Mit ihrem überfallartigen Auftreten und dem exponentiellen Wachstum wirkt die Pandemie als besonderer Verstärker der bereits vorhandenen wirtschaftlichen und sozialen Krise. Zugleich zeigt sie, wie anfällig das kapitalistische System ist und welche Gefahren es für die einfache Bevölkerung mit sich bringt [...].

2. Die Eindämmung der Pandemie hätte rasche Maßnahmen erfordert, wie die strikte Kontrolle des gesundheitlichen Zustands der Reisenden aus betroffenen Regionen, die Identifizierung und Isolierung von infizierten Personen, Transportbeschränkungen und eine umfassendere medizinische Versorgung und Vorsorge. Die kapitalistischen Regierungen sind gefangen in ihrer neoliberalen Politik, mit der sie den wirtschaftlichen Abschwung aufhalten wollen und haben daher nur zögerlich und selbst dann nur halbherzig gehandelt, weswegen sie anschließend – als Getriebene der Ereignisse – gezwungen waren, strengere Maßnahmen zu ergreifen, ohne freilich die Ausbreitung des Virus aufhalten zu können. Die Ersetzung der Lagerhaltung in der Produktion durch Just-in-time-Lieferungen, die „Sparpolitik“ im Gesundheits- und Forschungswesen sowie die Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit – all dies muss anlässlich des Ausbruchs dieser Krise angeprangert werden.

3. Anlässlich der 2002 ebenfalls durch ein Corona-Virus verursachten SARS-Epidemie haben WissenschaftlerInnen Alarm geschlagen. In Europa und den USA wurden Grundlagenforschungsprogramme empfohlen, die es ermöglicht hätten, diese Viruskategorie besser zu verstehen und ihr Wiederauftauchen in anderen Formen zu verhindern. Die Regierungen haben sich geweigert, dies zu finanzieren. Eine absurde Politik, aber maßgeschneidert für die Belange der Pharmaindustrie, der damit die Forschung in diesen Bereichen überlassen blieb, obwohl deren Anliegen nicht die öffentliche Gesundheit, sondern der Profit durch den Verkauf von Medikamenten an zahlungskräftige Patienten ist.

4. Wie bei jeder unvorhergesehenen Störung wurde die Pandemie zunächst kleingeredet. Nach dieser Banalisierung kam es anschließend zur Panik, die wiederum von Verschwörungstheoretikern und anderen Demagogen instrumentalisiert werden kann, um autoritären Maßnahmen zur technologischen Kontrolle der Bevölkerung und zur Einschränkung der demokratischen Rechte den Weg zu bereiten wie in China und Russland. Darüber hinaus droht die ernsthafte Gefahr, dass COVID-19 von den FaschistInnen als Vorwand benutzt wird, um ihre rassistische Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen zu rechtfertigen und zu verstärken.

5. Die Linke kann sich keineswegs darauf beschränken, die „exogene“ Gesundheitskrise als bloßen Teilaspekt der systemimmanenten kapitalistischen Wirtschaftskrise zu behandeln. Sie muss vielmehr die Gesundheitskrise an sich bewerten und Vorschläge entwickeln, um sie auf soziale, demokratische, antirassistische, feministische und internationalistische Weise zu bekämpfen. Entgegen individualistischer Sichtweisen muss sie sich auch selbst kollektiv verantwortlich im Sinne einer Kontaminationsprophyla-

xe verhalten und dies auch in den sozialen Bewegungen so propagieren. Anders als beispielsweise bei den Maßnahmen zur Einschränkung des Autoverkehrs [...], kann sich hier niemand der eigenen Verantwortung für die Gesundheit entziehen [...]. Entweder nehmen die sozialen Bewegungen diese Frage selbst in die Hand – demokratisch und ausgehend von der konkreten sozialen Realität der beherrschten Klasse – oder die herrschende Klasse wird ihre autoritären Lösungsvarianten durchsetzen.

6. Die Hauptgefahr der Pandemie besteht darin, dass die Kapazität der stationären Versorgungssysteme überschritten wird. Dies würde unweigerlich zu einer stärkeren Belastung der Ärmsten und Schwächsten, insbesondere der älteren Menschen, führen und zu einer Verlagerung der Pflege in die Haushalte, mithin also zu Lasten der Frauen. Diese Kapazitätsgrenze hängt natürlich von den einzelnen Ländern, den jeweiligen Gesundheitssystemen und der dort praktizierten „Spar“- und Prekarisierungs-Politik ab, und sie wird umso schneller erreicht sein, je mehr die Regierungen der Ausbreitung des Virus hinterherlaufen, anstatt sie zu verhindern. Die gegenwärtige Virusepidemie zeigt einmal mehr, dass die Austeritätspolitik beendet, die Reichtümer umverteilt, der Gesundheitssektor wieder finanziell besser ausgestattet und in staatliche Hände übernommen und Patente im Gesundheitswesen abgeschafft werden müssen. [...]

7. Die COVID-19-Krise und die Klimakrise ähneln sich in vielerlei Hinsicht. Bei beiden ist das kapitalistische System wegen des innewohnenden, profitgetriebenen Zwangs zur Akkumulation außerstande, drohenden und ganz offenkundigen Gefahren zu begegnen. In beiden Fällen schwanken die Regierungen zwischen Banalisierung des Problems und völlig unzureichenden politischen Maßnahmen, deren Sorge in erster Linie den Bedürfnissen des Kapitals und nicht denen der Bevölkerung gilt. In beiden Fällen stehen die Ärmsten, die rassistisch Diskriminierten und die Schwächsten, vor allem in den Ländern des Südens, im Fadenkreuz, während die Reichen davon ausgehen können, dass sie immer eine Lösung finden werden. In beiden Fällen nutzen die Regierungen die drohende Gefahr, um einen starken Staat voranzutreiben [...]. In beiden Fällen schließlich steht das kapitalistische Wertgesetz in krassstem Widerspruch zu Naturgesetzen mit einer exponentiellen Dynamik (im einen Fall die Ausbreitung der Virusinfektionen und im anderen die globale Erwärmung und die davon ausgehenden sich verschärfenden Folgen).

8. Die Klimakrise ist jedoch bei weitem umfassender und gravierender als die Corona-Krise. Das Gleiche gilt natürlich auch für deren Folgen, wenn die Ausgebeuteten und Unterdrückten sich nicht zusammenschließen, um diese absurde und kriminelle Produktionsweise zu beenden. COVID-19 ist eine weitere Warnung: Der Kapitalismus, der die Menschheit in die Barbarei treibt, muss gestürzt werden.

* [Vollständiger Text unter www.iso-4-rhein-neckar.de/.
Übersetzung aus dem Französischen von MiWe.] ■

Firmen und Konzerne als „Investitionsobjekte“ Belegschaften als Spielball des Großkapitals? Teil IV*

S. T.

Ein Gespenst geht um. Auch in der Rhein-Neckar-Region. Immer öfter kommt es zum Kauf beziehungsweise Verkauf von Firmen, ja von ganzen Konzernen. ABB und Hitachi, Alstom und General Electric, Nora und Interface, PFW und Hutchinson, VAG und Aurelius – das sind nur einige der Namen, die in der letzten Zeit bekannt geworden sind.

Der Kampf um Arbeitsplätze ist der Kampf gegen die neo-liberale Politik und die Profitinteressen der Kapitalisten. Wir leben in einer Zeit, in der die Kapitalmacht expandiert und Gewerkschaften mehr und mehr in die Defensive geraten. Die „Sozialpartnerschaft“ wird von Gewerkschaftsführungen gepredigt, doch in Wirklichkeit gibt es sie nicht.

Es geht um die Zukunft

Wer sich sozial engagiert, setzt sich für Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen ein und gerät mit dem Wirtschaftssystem in Konflikt. Unter den gegebenen Bedingungen sind dann Auseinandersetzungen mit der Gegenseite vorprogrammiert.

Entscheidende Grundlage für eine erfolgreiche Gegenwehr im Betrieb ist ein möglichst eng zusammenarbeitender Kreis von Aktiven, der sich vertraut und unterstützt. Wir nennen das einen „harten Kern“. Er sollte sich darum bemühen, seine Verankerung in der gesamten Belegschaft kontinuierlich auszubauen. Oftmals besteht der „harte Kern“ vor allem aus Betriebsräten. Das ist aber nicht zwingend erforderlich. Ein engagiertes Gewerkschaftsmitglied oder eine Kollegin mit dem Mut, sich gegen Ungerechtigkeit aktiv zur Wehr zu setzen, ist bedeutender als ein Gremium inaktiver Betriebsräte, die keinen Bezug zu ihrer eigenen Belegschaft haben.

Der „harte Kern“

Der „harte Kern“ hat mehrere Aufgaben und Funktionen: Zum einen muss er aktivieren. Er muss zur Aktion bereite und interessierte KollegInnen zusammenbringen und vernetzen. Außerdem sollte er ermutigen, einen offenen Austausch der Gedanken und Informationen zu fördern. Er sollte als Vorbild vorangehen und das Erreichen konkreter gemeinsamer Ziele vorantreiben.

Um die Zusammengehörigkeit zu fördern, sollte er kollektive Aktionen anregen. Selbst wenn damit nur kleine Erfolge erzielt werden, belegt das Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem Management. Erforderlich sind ein strategisches Vorgehen und eine auf Dauer angelegte Organisationsarbeit.

Ziele sollten bewusst gewählt werden. Nur so lässt sich vermeiden, dass die gesteckten Ziele zu groß sind und die eigene Kraft zu schnell verbraucht wird. Ziele müssen realistisch sein und sollten an der Wahrnehmung von Ungerechtigkeiten anknüpfen, die von der Mehrheit der KollegInnen geteilt werden. Aktionen müssen deshalb immer für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder zur Verteidigung der Rechte der gesamten Belegschaft geführt werden.

Der Weg zum Erfolg

Für eine erfolgreiche Arbeit des „harten Kerns“ sind regelmäßige Treffen unerlässlich. Dort werden die nächsten Schritte entwickelt, klare Absprachen getroffen und Aufgaben auf möglichst viele Schultern verteilt. Außerdem ist ein realistischer Blick auf die Kräfteverhältnisse nötig. Dazu gehört ein klares Wissen über die Verteilung von UnterstützerInnen, Aktiven und Gegnern in der Belegschaft. Gezielte Weiterbildung und Beratung erweitern die Handlungsfähigkeit des „harten Kerns“. Sie sind die Grundlage für das Ausstrahlen von Kompetenz und Vertrauenswürdigkeit.

Damit das Wissen des „harten Kerns“, seine Kompetenz und seine Aktionsfähigkeit innerbetrieblich die Kräfteverhältnisse zugunsten der KollegInnen verschiebt, ist eine enge Verzahnung mit der Belegschaft nötig. So lässt sich das Fundament für eine betriebliche Gegenmacht stärken.

Gegenangriffe überleben

Auch ein engagierter „harter Kern“ oder eine engagierte Interessenvertretung kann nicht auf eine automatische Unterstützung der Belegschaft vertrauen.

Das Management versucht, durch gezielte Angriffe zu verhindern, dass sich ein aktiver „harter Kern“ entwickelt. Meist durch die Einschüchterung von KollegInnen, das Verbreiten von Hoffnungslosigkeit, die Spaltung und das (BR-)Mobbing der Aktiven.

Erfolgreich übersteht ein „harter Kern“ solche Angriffe nur, wenn er es schafft, die Machenschaften der Gegenseite aufzudecken und dagegen Solidarität herzustellen. Das erfordert ein gutes Netzwerk und eine aufgeklärte Belegschaft mit Vertrauen in die eigene Kraft.

Um dem Druck der Gegenseite standhalten zu können, müssen wir uns noch besser qualifizieren und organisieren – im Unternehmen, in der Gewerkschaft und in der Gesellschaft.

Es gibt eine Vielzahl von Hoffnungsfunken. Sie werden stärker durch das aktive Engagement im Betrieb und darüber hinaus. Es gilt, solidarische Bewegungen aufzubauen. Dabei können wir uns nicht auf die herrschende Politik verlassen, sondern nur auf die gemeinsame Aktion.

Bei alledem ist Geduld und ein langer Atem erforderlich! Veränderungen passieren selten über Nacht. Aber der größte Fehler wäre es, keine Gegenwehr zu leisten oder zu warten und zu hoffen, dass andere das für uns tun.

Nur gemeinsam sind wir stark!

*[Teil I bis III sind in *Avanti*² Nr. 65 bis 67 erschienen.] ■

Großkraftwerk Mannheim (GKM)

Klimaschutz und Beschäftigungssicherung!

O. T.

Laut Kohleausstiegsgesetz dürfen Steinkohlekraftwerke noch bis 2033 genutzt werden. Das gilt auch für das Großkraftwerk Mannheim (GKM). Vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Klimakatastrophe ist dieser Zeitrahmen zu lang und gegenüber den nachfolgenden Generationen nicht vertretbar. Hier müssen Maßnahmen für einen früheren Ausstieg des GKM getroffen werden.

„Sofort abschalten!“ hilft aber auch nicht weiter. Zunächst muss geklärt werden, wie die notwendige Fernwärme- und Stromversorgung von Millionen Menschen langfristig gesichert werden kann. Außerdem geht es um 1.000 Arbeitsplätze im und um das GKM.

Braune Kohle von der „AfD“

Schon längst versuchen die Klimawandelleugner von der „AfD“ das Thema GKM für sich zu instrumentalisieren. Im November 2019 empfing der GKM-Vorstand offenbar Landtagsabgeordnete und Funktionäre der „AfD“ im Großkraftwerk zu einem offiziellen Besuch. Anschließend ließ die „AfD“ ein Flugblatt an die Belegschaft verteilen. Daran polemisiert die von Nazis durchdrungene Partei gegen den aus ihrer Sicht „hysterischen Kohleausstieg“ als Folge der „wahnwitzigen Energiewende“. Nur mit der „AfD“ kön-

ne der Kohleausstieg „rückgängig“ und die Arbeitsplätze „gesichert“ werden.

Die Angst vor Arbeitsplatz-Abbau ist in der GKM-Belegschaft weit verbreitet. Deshalb haben die Sprüche der „AfD“ trotz des hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrads der KollegInnen einen Widerhall gefunden. Dies muss sehr ernst genommen werden.

Die Ängste der Beschäftigten ernst nehmen

Das Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar hat deshalb mit dem Betriebsrat des GKM und der zuständigen Gewerkschaft ver.di Kontakt aufgenommen. Aus dem sehr kollegialen Austausch entstand die Idee, ein Flugblatt für die KollegInnen des GKM zu erstellen und zu verteilen. Wie zu hören war, ist das Info des Solikomitees (siehe unten) in der GKM-Belegschaft sehr positiv aufgenommen worden.*

Großkraftwerk Mannheim GKM

Arbeitsplätze sichern, Klimaschutz stärken!

Der von der Bundesregierung beabsichtigte Ausstieg aus der Kohleverstromung bevorteilt Braunkohlekraftwerke. Dort wird aber – von der Atomenergie einmal abgesehen – die am meisten umweltzerstörende Energie erzeugt. Trotzdem soll ein modernes Kraftwärme-Kopplungs-Kraftwerk wie das GKM Jahre früher als die Braunkohlekraftwerke geschlossen werden. Das ist unsinnig und nicht hinnehmbar.

Von den Fakten ausgehen

- Im und für das GKM arbeiten rund 1.000 Menschen (600 inklusive Azubis direkt beim GKM, 300 für die ständige Revision, 100 über Fremdfirmen).
- Das GKM versorgt rund 2,5 Mio. StromkundInnen.
- Das GKM liefert derzeit 15 % des gesamten Bahnstroms in Deutschland, der rund um die Uhr fließen muss.
- Das GKM versorgt derzeit rund 120.000 Haushalte in der Region (Tendenz steigend) und fast alle öffentlichen Gebäude und Betriebe der Stadt Mannheim mit Fernwärme.
- Das GKM ist von der Bundesnetzagentur als systemrelevantes Grundlastkraftwerk für den Südwesten eingestuft, um die unabdingbare Netzfrequenz von 50 Hertz sichern und plötzliche Stromausfälle verhindern zu können.
- Ohne GKM müsste bei Stromknappheit auf absehbare Zeit Kohlestrom [...] und Atomstrom [...] importiert werden. [...] Es müssen wirksame Alternativen zum Abbau der Arbeits- und Ausbildungsplätze von den Eigentümern des GKM entwickelt und finanziert werden.

Zum Beispiel könnten später anstelle der Kohleblöcke gasbefeuerte Gas- und Dampfturbinenblöcke mit Fernwärmeauskopp-

lung errichtet werden [...]. Damit könnten mehrere Ziele unter einen Hut gebracht werden:

- Sichere, preisgünstige, klimaschonende Versorgung mit Strom und Wärme
- Regelung und Stabilisierung des „Grünstrom“-Netzes
- Weitere Verringerung des CO₂-Ausstoßes
- Erhalt der Arbeits- und Ausbildungsplätze im GKM. [...]

Artikel 14 Grundgesetz: „Eigentum verpflichtet!“

Das GKM ist ein Gemeinschaftskraftwerk von RWE, EnBW und MVV. Die beiden letzten befinden sich mehrheitlich in gesellschaftlichem Eigentum. [...]

Nach Artikel 14 des Grundgesetzes ist Eigentum auch „dem Wohle der Allgemeinheit“ verpflichtet. Das gilt erst recht für gesellschaftliches Eigentum. Bei dieser Eigentumsform kommt zudem eine besondere Fürsorgepflicht gegenüber den dort Beschäftigten hinzu. Deshalb müssen die Eigentümer ihrer Verantwortung gerecht werden und die Zukunftssicherung der Arbeits- und Ausbildungsplätze des GKM und den Umbau des GKM im Sinne eines konsequenten Klimaschutzes garantieren. Die drei Stromkonzerne, der Bund, das Land Baden-Württemberg und die Stadt Mannheim sind hier in der Pflicht. [...]

Eine ausreichende Laufzeit des GKM ist erforderlich, um folgende Maßnahmen umsetzen zu können:

- Umbau des GKM zu einem gasbefeuerten Regelkraftwerk mit Fernwärmeauskopplung
- Ersatzarbeitsplätze in den Eigentümerkonzernen mit Umschulung
- Großzügige Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelungen
- Beschäftigungssicherung und Verbot von Entlassungen.

* [Das komplette Flugblatt ist unter <http://solidaritaet-rhein-neckar.de/> zu finden.]

Bombardier

KollegInnen wollen Beschäftigungsgarantie

H. S.

Am 05. März 2020 fand bei der Zugsparte von Bombardier ein bundesweiter Aktionstag statt. In Mannheim haben sich 250 Beschäftigte des Bombardier-Werks beteiligt. Sie verlegten ihre Betriebsversammlung ins Freie, um ihren Forderungen nach Arbeitsplatz Erhalt Nachdruck zu verleihen.

Bei der Kundgebung sprachen Daniel Leuthner, Vertrauenskörper-Leiter Bombardier, Janna Köke für die IG Metall Mannheim, Wolfgang Alles für das Überbetriebliche Solidaritätskomitee Rhein-Neckar und Otto Schäfer, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender von Bombardier.

Alle RednerInnen forderten angesichts einer bevorstehenden Übernahme durch Alstom, dass es Standort- und Beschäftigungsgarantien für alle Bombardier-Werke geben müsse. Auch die Politik müsse die für eine Verkehrswende dringend erforderlichen Kapazitäten der Bahnindustrie sichern.

Unterstützung für ihr Anliegen erhielten die KollegInnen auch durch Delegationen des Betriebsrats von John Deere und des Überbetrieblichen Solikomitees.

Hintergrund für den Protest bei Bombardier ist die bevorstehende Übernahme durch den französischen Alstom-Konzern. Dieser will die Zugsparte von Bombardier übernehmen. Wenn die Zustimmung der EU-Wettbewerbsbehörde erfolgt, soll der Übergang zu Alstom im ersten Halbjahr 2021 abgeschlossen sein.

Abbau wegen Übernahme?

Betriebsräte, Beschäftigte und IG Metall befürchten bei Bombardier

massive Einschnitte an den deutschen Standorten, denn die Überschneidungen zwischen Alstom und Bombardier sind sehr groß. Es gibt begründete Annahmen, dass die Führung des Alstom-Konzerns in erster Linie die „eigenen“ Standorte stärken will.

Im Bombardier-Werk in Mannheim-Käfertal arbeiten derzeit rund 900 KollegInnen. Es ist eines von insgesamt neun Werken in Deutschland mit rund 6.500 Beschäftigten. Das deutsche Werk von Alstom befindet sich in Salzgitter. Dort arbeiten rund 2600 Menschen.

In allen deutschen Bombardierwerken fand in Ergänzung zu den Protesten eine Postkartenaktion statt. Sie ist an Bundeswirtschaftsminister Altmaier gerichtet: „Herr Altmaier, jetzt sind Sie am Zug“. Auf den Karten ist zudem folgender Text zu lesen: „Ich arbeite in einer Zukunftsbranche. Ich will, dass mein Arbeitsplatz und die Bahnindustrie in Deutschland erhalten bleiben“.

Um die Arbeits- und Ausbildungsplätze bei Bombardier und bei Alstom sichern zu können, bedarf es mehr als eines Aktionstags. Einerseits muss systematisch die überbetriebliche und grenzüberschreitende Solidarität aufgebaut werden. Andererseits ist die soziale und ökologische Verantwortung der Gesellschaft für die Bahnindustrie wirksam einzufordern. ■



Aktionstag bei Bombardier, 05. März 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

„Raue Zeiten: Anpassung oder Gegenwehr?“

G. G.

Unter diesem Arbeitstitel fand Anfang März 2020 ein weiteres Betriebs- und Gewerkschaftsseminar der ISO Rhein-Neckar statt.

Drei Themen standen im Mittelpunkt der Referate und Diskussionen: Wie haben sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geändert? Welche Ziele verfolgen wir? Wie können wir in Betrieb und Gewerkschaft die notwendige Gegenwehr organisieren?

In welchen Zeiten leben wir?

Um die heutige Situation verstehen zu können, muss die Entwicklung der letzten Jahrzehnte betrachtet werden. Darum wurde im einleitenden Referat ein historischer Bogen vom Ende der menschenverachtenden Nazi-Diktatur und des mörderischen II. Weltkrieges bis heute gespannt

Nach 1945 war das kapitalistische Weltsystem politisch-moralisch geschwächt. Seine geopolitischen Einflusszonen schrumpften. Aber der Kapitalismus wurde nicht beseitigt. Im Gegenteil, die prokapitalistischen Kräfte konnten eine erfolgreiche Gegenbewegung starten.

Spätestens am 11. September 1973 wurde dies durch den CIA-gesteuerten Militärputsch in Chile mit blutiger Brutalität deutlich. Die Putschisten zerschlugen die Organisationen der ArbeiterInnenklasse. Zehntausende Menschen fielen Folter und Mord zum Opfer. Soziale Errungenschaften und politische Freiheiten wurden eingeschränkt oder beseitigt.

Damit begann der Siegeszug des „Neoliberalismus“. Seine Ideen, Ziele und Mittel sind bis heute unverändert geblieben: Die Profite sollen durch massive Angriffe auf die Organisationen, die politischen Rechte, das Klassenbewusstsein sowie die Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse gesteigert werden.

Begleitet und abgesichert wird diese Offensive durch eine umfassende ideologische Dauerberieselung auf allen betrieblichen und gesellschaftlichen Ebenen.

Welche Ziele in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit?

Im zweiten Seminarteil ging es um wesentliche Ziele unserer Arbeit.

Dabei wurden folgende Punkte diskutiert: Der Umbau von Wirtschaft und Produktion zum Schutz von Klima und Umwelt, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Personal- und Lohnausgleich gegen Arbeitsverdichtung und Entlassungen, Beseitigung von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung, konsequente Umsetzung des betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutzes, Realloohnerhöhungen, menschenwürdige Mindestlöhne und Renten, keine Privatisierung öffentlicher Dienste sowie der Daseinsfürsorge und nicht zuletzt internationale Solidarität und Organisation.

Solche Ziele sind mit einer Strategie der Sozialpartnerschaft, wie sie von den Gewerkschaftsführungen verfolgt wird, nicht zu erreichen. Denn diese Strategie leugnet – wenn auch nicht in Worten, so doch in der Praxis – den grundlegenden Interessen-Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Sie ordnet in der Regel die Interessen der ArbeiterInnenklasse den Profitinteressen des Kapitals unter.

Dagegen sollten wir für eine klassenkämpferische Politik eintreten. Eine Politik, die sich ausschließlich an den Interessen der arbeitenden Klasse orientiert. Diese Orientierung wird unweigerlich zu einem scharfen Konflikt mit dem sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsapparat führen. Daher müssen wir unsere politische Arbeit mit dem Kampf für die Demokratisierung der Gewerkschaften und dem Recht auf Organisation klassenkämpferischer Strömungen verbinden.

Wie können wir die Gegenwehr organisieren?

Es sind immer noch Wenige, die im Betrieb eine ausschließlich an den Belegschaftsinteressen orientierte Gegenwehr organisieren. Nicht selten werden widerständige KollegInnen auch innerhalb von Gewerkschaften, Vertrauensleutestrukturen und Betriebsräten angegriffen und ziehen sich entmutigt und enttäuscht zurück.

Um Widerstand zu organisieren, müssen wir uns im Betrieb eine kämpferische Basis

schaffen. Am Anfang wird dies oftmals bedeuten, mit ein, zwei oder drei KollegInnen eine kleine Gruppe (einen aktiven Kern) aufzubauen. Schon in dieser Phase ist es notwendig, sich auch überbetrieblich zu vernetzen. Beides hilft, uns zu stärken, zu schützen und zu stützen.

Eine zentrale Stellung in unserer Arbeit muss die Basisorientierung einnehmen. Nur im direkten und regelmäßigen Austausch mit unseren KollegInnen ist es möglich, eine erfolgreiche praktische Arbeit zu entwickeln. Nur so lassen sich Solidarität und Widerstand überzeugend entwickeln und neue MitstreiterInnen finden.

Fazit

In der Abschlussrunde wurden Referate und Diskussion von den Teilnehmenden als sehr positiver Impuls für die weitere praktische Arbeit bewertet. Damit Menschen in wirren und rauen Zeiten politisch überleben können, braucht es Wissen und Solidarität. Unser Seminar hat dazu einen kleinen Beitrag geleistet. ■



GE-Aktionstag in Bexbach, 12. Dezember 2016.

Vor 100 Jahren Das Massaker an der Roten Ruhrarmee

M. G.

Gegen den rechten Kapp-Putsch am 13. März 1920 entwickelte sich schnell Widerstand. Am größten Generalstreik der bisherigen deutschen Geschichte beteiligten sich 12 Millionen Arbeitende. Eine Hochburg des Widerstands gegen die Putschisten war das Ruhrgebiet.

Dort fand nicht nur der Aufruf zur allgemeinen Arbeitsniederlegung einen riesigen Widerhall. Lokale „Vollzugsräte“ übernahmen die politische Macht. Gleichzeitig formierte sich die Rote Ruhrarmee. Ihren 50.000 Kämpfenden gelang es binnen kürzester Zeit, die bewaffneten Kräfte der Reaktion im gesamten Revier zu besiegen. Diese sogenannte Märzrevolution war die bisher massivste bewaffnete Arbeiteraktion in Deutschland.

Die MSPD-geführte Reichsregierung wollte nach der Niederlage des Kapp-Putschs unbedingt wieder „Ruhe und Ordnung“ wiederherstellen. Die Verhandlungen über die Selbstauflösung der Roten Ruhrarmee scheiterten.

Deshalb wendete die Regierung erneut ihr seit der Bekämpfung der Novemberrevolution 1918 „bewährtes“ Vorgehen an. Am 2. April 1920 marschierten Reichswehr-Truppen unter dem Kommando des Generals von Watter ins Ruhrgebiet ein.

In enger Zusammenarbeit mit rechtsextremen Freikorps, die sich noch drei Wochen zuvor am Kapp-Putsch beteiligt hatten, schlugen sie nach heftigen Kämpfen die linken Aufständischen brutal nieder. 1.000 Angehörige der Roten Ruhrarmee fielen

dem Massaker zum Opfer.

Dieses Verbrechen trug mit dazu bei, den Weg in die Nazi-Diktatur zu ebneten. ■



Mahnmal für die Ermordeten der Roten Ruhrarmee in Duisburg-Walsum.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation (ISO)* ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 02.04.2020, 15:00 Uhr, Telko des Überbetrieblichen Solikomitees
- DO, 16.04.2020, 15:00 Uhr, Telko des Überbetrieblichen Solikomitees
- FR, 24.04.2020, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- DO, 30.04.2020, 15:00 Uhr, Telko des Überbetrieblichen Solikomitees

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de

